



Impulsrede
der Präsidentin

**Landessynode der Evangelischen Landeskirche in
Baden**

21.10.2024

Bad Herrenalb, Evangelische Akademie

[Es gilt das gesprochene Wort]

[Persönliche Anrede]

Meine sehr geehrten Damen und Herren:

Bereits zu Beginn des Jahres war vermutlich den meisten von uns bewusst:

Das wird kein leichtes Jahr für Optimisten.

In einem Jahr, in dem mehr als die Hälfte der Menschheit im Autoritarismus lebt,

in dem noch mehr Staaten in die Fänge von Autokraten zu geraten drohen,

in dem sich die Krisen verdichten, überlagern und wechselseitig verstärken:

Da braucht es schon viel Zuversicht, um nicht den Mut zu verlieren.

Da braucht es Mut, um zuversichtlich zu bleiben.

Und da braucht es Institutionen, staatliche wie kirchliche, die der Ungewissheit begegnen.

Die Orientierung geben.

Die Zuversicht schaffen.

Zuversicht gehört zur Demokratie. Denn die Demokratie lebt von der Idee, dass wir es morgen besser haben könnten als heute. Den Kopf hängen zu lassen, oder gleich ganz in den Sand zu stecken, ist keine Option. Ratlosigkeit können wir uns als Gesellschaft nicht leisten, und Tatlosigkeit erst recht nicht. Vor allem nicht im Angesicht der Feindseligkeit.

Als Anfang des Jahres Millionen von Menschen demonstrierten, gegen rechtsextreme Vertreibungspläne und für die Demokratie, hat mir das Mut gemacht. Es war ein gewaltiges Zeichen der Solidarität und des Zusammenhalts. Und ich bin auch den Kirchen enorm dankbar für ihre klare Position und ihr Beharren auf die Menschlichkeit. Diese Demonstrationen waren ein Augenblick der Zuversicht.

Aber für jeden Moment des Aufatmens gab es einen Moment des Luftanhaltens. Und viele Menschen sind müde und mürbe: von erschreckenden Nachrichten; vom aggressiven Ton in den Debatten; vom vielen Durchhalten und Bangen.

Die Quelle, um immer neuen Mut zu schöpfen, scheint manchmal fast versiegt zu sein.

Nicht nur die Zuversicht im Einzelnen leidet, sondern auch der Zusammenhalt des Ganzen.

Dass Krisen unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt belasten, spüren wir vermutlich alle zurzeit. Das zeigen aber auch die Untersuchungen der Bertelsmann-Stiftung.

Nach der Pandemie waren deutlich mehr der befragten Menschen der Meinung, man könne sich auf niemanden mehr verlassen, als noch vor der Pandemie. Auch im persönlichen Umfeld bröckelte der Kitt: Waren 2019 noch 80 Prozent der Befragten der Auffassung, der Zusammenhalt im eigenen Umfeld sei gut oder sogar sehr gut, sagen dies 2022 gerade mal noch 47 Prozent.

Gaben früher 92 Prozent der Befragten an, sie hätten Freunde, auf deren Hilfe sie jederzeit zählen könnten, sagten das 2022 nur noch 83 Prozent.

Das sind viele Zahlen, die nur eines deutlich machen: Der Zusammenhalt hat gelitten. Auch nach der Pandemie hat er noch weiter abgenommen. Im vergangenen Jahr sind die Werte deutschlandweit weiter gesunken; sei es bei den sozialen Beziehungen, bei der Verbundenheit mit dem Gemeinwesen oder bei der Gemeinwohlorientierung.

Dieser Trend birgt große Gefahren, die miteinander zusammenhängen:

Erstens: Je weiter der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft schrumpft, desto mehr wachsen Vereinzelung und Einsamkeit. Eine Abwärtsspirale: Es vereinsamt, wer keinen Zusammenhalt erfährt. Und der Zusammenhalt bröckelt, wenn wir einander aus den Augen verlieren; oder schlimmer: wenn wir einander meiden.

Die zweite Gefahr: Je weniger wir zusammenhalten, je mehr wir auseinanderdriften, desto leichteres Spiel haben diejenigen, die uns gegeneinander aufwiegeln wollen; die von Spaltung profitieren und sie deshalb aggressiv vorantreiben. Auch das: eine Abwärtsspirale.

Und drittens: Je stärker diese Spaltung ist, desto schwächer sind wir als Gesellschaft im Anbetracht der Krisen, die uns so herausfordern. Weil wir zu keinem Konsens mehr kommen, wie wir die Krisen eigentlich bewältigen.

Es leidet derzeit aber nicht nur das Vertrauen untereinander. Es wächst auch das Misstrauen gegen Kirche und Staat; gegen Organisationen, die in diesen Krisenzeiten eigentlich Halt geben müssten.

Was aber können wir tun – in der Politik wie in den Kirchen – um als Gesellschaft nicht tiefer in diesen Mahlstrom des Misstrauens zu geraten; um uns aus den ganzen Strudeln und Abwärtsspiralen zu befreien, die ich gerade beschrieben habe?

Zunächst: Eine klare Haltung einnehmen.

Ohne Haltung kein Halt.

Und erst recht kein Zusammenhalt.

Gerade in Zeiten der Zwietracht, gerade in Zeiten des Zorns müssen wir beharren auf ein humanistisches Menschenbild; ein Menschenbild, das der christliche Glaube mit unserer Demokratie gemeinsam hat.

Theodor Heuss, der als ein Vater des Grundgesetzes und erster Bundespräsident der Republik stark von seinem Glauben geleitet war, sprach von der „Demokratie als Lebensform“: „[...] dem Menschen, gleichviel wer er sei und woher er käme, als Mensch zu begegnen.“

Für diese Demokratie als Lebensform, meine Damen und Herren, müssen wir gemeinsam einstehen.

Besonders, da viele politische Debatten christliche Tugenden wie Nächstenliebe und Barmherzigkeit vermissen lassen. An diese Tugenden kann die Kirche appellieren:

Wenn Bedürftige geringgeschätzt oder Migranten einseitig als Gefahr dargestellt werden.

Sie kann an die Tugenden erinnern, wenn Wut und Neid hochkochen.

Denn auf die christlichen Tugenden gründet sich nicht zuletzt unser Sozialstaat. Und einige politische Beiträge in jüngster Zeit, auch aus der Mitte der Parteienlandschaft, sind unseres Sozialstaates nicht würdig.

Die Kirche kann Haltung zeigen, wie sie es immer wieder tut, wenn die Demokratie als Lebensform in Frage steht: als gesamte Institution, wenn Sie etwa online verkünden: „Leitend ist für uns die unantastbare Würde eines jeden Menschen als Ebenbild Gottes. Jeder Mensch ist zur Teilhabe eingeladen. Das beinhaltet auch das engagierte Eintreten gegen jede Form der Ausgrenzung und des Extremismus.“

Die Kirche kann außerdem Haltung zeigen durch die Menschen, die ein Leitungsamt innehaben; wie Sie, Frau Landesbischöfin, die schon im vergangenen Jahr – und im Sommer erneut – zur Sachlichkeit in der Flüchtlingsdebatte mahnte.

Die Kirche kann Haltung zeigen durch Sie alle, die Sie als Einzelne die Entscheidungsgremien bilden.

So hat die hohe Synode Haltung gezeigt bei einem Thema, das mich ebenfalls sehr mit Sorge erfüllt, und das ist der grassierende Antisemitismus im Land. Die Landessynode in Baden etwa hat bereits 2018 die wachsende Gefahr erkannt, und klar formuliert: „Antisemitismus gefährdet die Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft insgesamt. [...] Christlicher Glaube und Judenfeindlichkeit schließen einander aus. Wir wenden uns gegen jede Form von Antisemitismus.“ Für diese frühen klaren Worte bin ich sehr dankbar.

Leider sind sie im Laufe der Jahre nur noch wichtiger geworden.

Wie der Pfarrer Martin Niemöller, der vom Mitläufer zum Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus wurde, bemerkte, ist Judenhass, ist die Diffamierung einer einzelnen Gruppe immer nur der Anfang. Wer glaubt, ihn wird das Unrecht am Ende nicht treffen, der irrt.

Meine Damen und Herren,

das völkische Denken ist in unserer Gesellschaft wieder aufgeflammt. Eine in mehreren Bundesländern gesichert rechtsextreme Partei hat jüngst rund ein Drittel der Stimmen erhalten.

Zusammenhalt bedeutet nun mehr denn je, zusammenzustehen gegen jene, die Spaltung betreiben.

Die Soziologie spricht ganz treffend auch von „Polarisierungsunternehmern“ oder „Verlustunternehmern“: Ihr ganzes Tun beruht darauf, zu spalten und aus der Spaltung Profit zu schlagen. Sie schüren Vorurteile, Misstrauen und Neid. Und sie spielen verschiedene Gruppen gegeneinander aus. Aber nicht zuletzt betreiben sie Raubbau an der Demokratie. Und dagegen müssen sich alle Demokratinnen und Demokraten wehren.

Die Kirchen haben sich klar bekannt: Die AfD stelle sich „gegen die Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens und der Demokratie“; sie sei unwählbar und mit Kirchenämtern unvereinbar.

Dennoch gibt es ja Schnittmengen der Mitglieder von Partei und Kirchen. Manche Unterstützer der AfD gründen ihren Zuspruch angeblich sogar auf ihren Glauben. Und das möchte die AfD auch für sich nutzen. Ein religionspolitischer Sprecher in Magdeburg behauptete, in der Wut der Kirchen zeige sich die „Wut des Widersachers“; die AfD vertrete „als einzige Partei noch christliche Werte“, sei sogar „christlicher als die Kirchen selbst“.

Ich finde: Scheinheiliger geht es nicht.

Aber die Vereinnahmung durch Rechtsextreme von allem, was allgemein hochgeschätzt wird, darf nicht unterschätzt werden. Dieses Vereinnahmen betrifft auch demokratische Formeln wie „Wir sind das Volk“, oder Konzepte wie den Widerstand. Die Nachkommen von Dietrich Bonhoeffer etwa wehren sich derzeit öffentlich gegen die Vereinnahmung seiner Zitate durch Menschenfeinde wie Björn Höcke.

Solche Scheinheiligkeit gilt es zu entlarven. Die Lügen gilt es zu entlarven.

Und die größte Lüge der Demokratiefeinde, die Lüge, auf der all ihre anderen Lügen aufbauen; die Lüge, die am meisten Wut, Angst und Spaltung schürt, ist die vom Staatsversagen.

Aber glauben wir denen nicht, die behaupten, dass unsere Demokratie versagt, dass alles nur den Bach runtergeht.

Die Demagogen können sich nur dann als Heilsbringer aufspielen, wenn wir ihrer Erzählung vom Unheil glauben. Ein langjähriger Sprecher der AfD sagte einmal unverblümt: „Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD“. Wir müssen uns gegen ihre Ohnmachts-

Unterstellung und ihre Untergangserzählung wehren. Unser Rechtsstaat, unsere Demokratie funktioniert!

Wir gehören zu den demokratischsten Ländern der Erde.

Wir gehören zu den friedlichsten Ländern der Erde.

Wir gehören auch zu den freiesten Ländern der Erde.

Und wir leben in der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt.

Das sind einige Hinweise darauf, dass wir an einem der lebenswertesten Orte der Erde leben dürfen:

Das ist kein Versagen, das ist ein Segen!

Das ist die kollektive Leistung einer demokratischen Gesellschaft, und zu dieser Leistung tragen alle Teile der Gesellschaft bei!

Nein, all die Heilsversprechen der Populisten führen ins Leere.

Nichts, aber auch rein gar nichts, würde sich mit den Menschenfeinden an der Macht verbessern!

Und die, die ihnen Glauben schenken, würden am Ende noch mehr verlieren als sie derzeit befürchten: finanziell und freiheitlich. Das gilt es immer und immer wieder klarzustellen.

Ich bin aber überzeugt:

Während die Funktionäre in böser Absicht handeln; handeln viele Unterstützer in ‚gutem Glauben‘; oder zumindest aus einer nachvollziehbaren Angst heraus: der Angst vor dem Umbruch, vor dem Fremden, oder auch aus Frust.

Ich kann diese Angst, diesen Frust verstehen. Auch, wenn ich nicht die gleichen Schlüsse ziehe, und auch, wenn das eine Unterstützung von Demokratiefeinden nicht rechtfertigt. Aber zumindest liegt hier ein Ansatzpunkt zur Verständigung. Eine Brücke zurück auf das demokratische Festland. Und ganz besonders die Kirchen können hier womöglich noch einige Herzen erreichen und sagen: Fürchtet euch nicht.

Das Gespräch zu suchen, die Begegnung nicht zu scheuen, das ist der wichtigste Baustein des Zusammenhalts. Damit wir uns eben nicht aus den Augen verlieren, und erst recht nicht meiden. Das gilt nicht nur für politische Lager, sondern für alle unterschiedlichen Teile der Gesellschaft.

Früher war das Gotteshaus der Treffpunkt einer ganzen Kommune, egal welchen Standes oder Alters. Das ist nur noch selten so. Heute müssen wir deshalb Möglichkeiten der Begegnung bewusst schaffen. Ob von der Kirche oder vom Rathaus aus.

Nicht zuletzt wegen der Begegnung ist auch das Ehrenamt so bedeutsam für unser aller Zusammenhalt: Weil man sich für die Gemeinschaft einsetzt, aber auch, weil man Begegnungen schafft, die im Alltag sonst nicht zustande kommen:

- Junge Menschen, die Senioren Gesellschaft leisten
- Senioren, die Schulkindern vorlesen
- Gutverdienende, die bei der Suppenküche mithelfen
- Alteingesessene, die Geflüchteten helfen

Anderen Gutes zu tun, fühlt sich auch oft für einen selbst gut an.

Und das darf es auch! So geben die Engagierten sich und anderen Kraft, denn sie strahlen damit Zuversicht aus und Selbstwirksamkeit.

Sie hier im Saal wirken als ehrenamtliche Landessynodale heute und über diesen Tag hinaus an der Haltung der Landeskirche, am Zusammenhalt unserer Gesellschaft mit. Dafür gilt Ihnen mein aufrichtiger Dank.

Engagement im Allgemeinen und Ehrenamt im Besonderen sind etwas zutiefst Demokratisches: Denn die Verantwortung wird nicht einfach an eine Führung abgegeben, sondern von allen getragen.

Zusammenhalt ist ja nichts, was ein Parlament verabschieden, eine Verfassung verordnen oder eine Kirche verkünden kann.

Zusammenhalt muss aus der Gesellschaft selbst heraus kommen.

Das gilt es politisch zu fördern. Gerade jetzt, im Krisenmodus, wenn viele Menschen hadern und die Gefahr droht, andere aus den Augen zu verlieren.

Die Kirche ist ein zentraler Pfeiler des Ehrenamts und der Begegnung. Die Politik und Kirche können – und ich finde, sie müssen – hier zusammenwirken.

Es muss uns außerdem als Gesellschaft und uns in der Politik besser gelingen, die Menschen zu würdigen, die bereits demokratische Arbeit leisten – sei es in der Integration, der Bildungsarbeit, der Kommunalpolitik, oder eben in der Kirche. Oder seien es diejenigen, die Haltung zeigen, die Grundwerte verteidigen oder an den Demonstrationen für Demokratie teilnehmen. All jene Arbeit ist eine große gesellschaftliche Leistung.

Meine Damen und Herren,

ein letzter Gedanke, bevor wir ins Gespräch einsteigen:

Krisenzeiten sind paradox.

Das Paradoxe an Krisenzeiten wie diesen ist ja, dass sie den Zusammenhalt besonders strapazieren. Gleichzeitig verlangen Krisen besonders nach Zusammenhalt. Und nicht zuletzt fördern sie Zusammenhalt besonders zu Tage.

Deshalb gibt es viele gute Gründe – so viele Gründe, wie es beherzte Menschen gibt – mehr Mut zu verspüren als Unmut, mehr Zuversicht als Furcht, und unverzagt festzuhalten an der „Demokratie als Lebensform“.

Danke, dass auch Sie mitwirken an unser aller Zusammenhalt!